

Bürger in Wut

Timke kritisiert Einschätzung von „AfD-Watch“

VON MAIKE WESSOLOWSKI

Bremerhaven. Wie weit rechts stehen die Bürger in Wut, lautete die Frage nach dem Rauswurf von Sven Lichtenfeld, der von Rechtsextremen unterstützt wurde. Jan Timke weist die Einschätzung des nach seiner Auffassung links-radikalen Netzwerks „AfD Watch“ zurück.

Die Bürger in Wut aus Bremerhaven wehren sich gegen Einschätzungen, die das Recherchenetzwerk „AfD-Watch“ zur Wählerversammlung gegeben hat. Jan Timke weist die Aussage von Maximilian Kraft zurück, wonach „seit Jahren kein Blatt Papier zwischen AfD und BiW“ passe.

„Diese Auffassung steht im klaren Widerspruch zur Einordnung von BiW durch die Politikwissenschaft, die in der Nordsee-Zeitung dargelegt wird.“ Im Gegensatz zur AfD, die sich immer stärker nach rechts radikalisiere, verfolgen BiW einen demokratisch konservativen Kurs, der sich voll auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt.

„Hätten wir uns längst zusammengeschlossen“

„Würden wir tatsächlich dieselben Positionen vertreten wie die AfD, dann hätten wir uns längst mit dieser Partei zusammenschließen können, um gemeinsam mehr Sitze in den Bremer Parlamenten zu erhalten“, erklärt Timke.

Timke findet es „dreist“, dass AfD-Watch „unterstellt, wir hätten in der Personie Lichtenfeld aus strategischem Kalkül gehandelt, um der Beobachtung durch den Bremer Verfassungsschutz zu entgehen“. Der BiW-Chef bezeichnet die Redaktion der Rechercheplattform als „links-radikales Netzwerk“.



BIW-Chef Jan Timke. Foto: Schuldt/dpa

Selbst wenn Lichtenfeld in den Fraktionen von Bürgerschaft und Stadtverordnetenversammlung verblieben wäre, hätte das keine Aktivitäten des Verfassungsschutzes ausgelöst, dessen Handeln an strenge gesetzliche Vorgaben geknüpft ist. „Offenbar war dort der Wunsch Vater des Gedankens“, so Timke.

Im Artikel wurde auch aufgezeigt, dass Fraktionen, die sich von Mandatsträgern trennen, an politischem Einfluss und Geld verlieren, weil Fraktions- und Oppositionszuschläge von der Anzahl der Fraktionsmitglieder abhängen. Dazu Timke: „Uns geht es aber nicht ums Geld, sondern die politische Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit unserer Abgeordneten als Grundlage für eine vernünftige parlamentarische Arbeit im Interesse der Bürger.“